

Codewort »Jasmin«

Wie der Westen versucht, die Volksrevolution in Tunesien zu bremsen

Von Klaus von Raussendorff



Tunesiens Armee hält still – Demonstration vor dem Gebäude der
Präsidentenpartei RCD (20. Januar 2011)

Foto: Reuters

Die demokratische Revolution in Tunesien hat in nur einem Monat ihre erste Etappe zurückgelegt. Am 14. Januar floh Präsident Zine El Abidine Ben Ali mit Clan-Anhang unter im einzelnen noch ungeklärten Umständen aus dem Land. Die zweite Etappe wird zeigen, ob sich das Regime der neoliberalen tunesischen Großbourgeoisie mit neuer »demokratischer« Fassade an der Macht zu halten vermag oder ob die Volksmassen eine wirklich neue, ihren Interessen dienende Staatsordnung errichten können.

Bereits am 17. Juli 2009 zeichnet eine von Wikileaks bereitgestellte Depesche der US-Botschaft ein Bild der tunesisch-amerikanischen Beziehungen, das Handlungsbedarf Washingtons suggeriert. Unter dem Betreff »Mit Problemen belastetes Tunesien: Was sollten wir tun?« heißt es: »Präsident Ben Ali wird alt, sein Regime ist erstarrt, und es gibt keinen eindeutigen Nachfolger. (...) Er und sein Regime haben den Kontakt mit dem tunesischen Volks verloren.« Noch schlimmer: »Sie nehmen keine Ratschläge oder Kritik an, weder innenpolitisch oder international.« Schlußfolgerung: »Größere Veränderungen werden bis zu Ben Alis Abgang warten müssen, aber Präsident Obama und seine Politik schaffen jetzt günstige Gelegenheiten.« Und die Empfehlung: »Weiterhin Schwerpunktsetzung auf demokratische Reform und Beachtung der Menschenrechte. (...) Verlagerung unserer Militärhilfe weg von FMF (= Foreign Military Financing, d. h. Rüstungshilfe – d.R.) zu neuen Wegen der Sicherheits- und Geheimdienstzusammenarbeit.« Die tunesische Regierung soll überzeugt werden, politische Reformen zu beschleunigen. Darin stimmten Deutschland und Großbritannien mit Washington überein. Aber: »Frankreich und Italien scheuen sich, Druck auf die tunesische Regierung auszuüben.« Seit Oktober 2010 habe auch der französische Militärattaché in Tunis, so die französische Satirezeitung *Canard enchaîné* (20. Januar 2011), Paris vor einem »Auseinanderbrechen des Systems Ben Ali« gewarnt. Doch der französische Botschafter habe noch Stunden vor der Flucht des Diktators berichtet, daß »Ben Ali die Kontrolle der Lage wiedergewonnen hat«.

Entscheidend für den Abgang des langjährigen Alliierten der USA soll, wie übereinstimmend berichtet wird, gewesen sein, daß der Chef des tunesischen Heeres, General Rachid Ammar, sich weigerte, seine Soldaten auf Demonstranten schießen zu lassen. Aber warum tat er dies? Auch wenn Teile der Armee mit der aufgebrachten Bevölkerung sympathisierten, auch wenn die Armee sich von Ben Ali vernachlässigt fühlte, waren dies kaum hinreichende Gründe die Loyalität aufzukündigen. Hatte nicht gerade die französische Außenministerin Mi-chele Alliot-Marie Polizeihilfe angeboten und die Fähigkeiten der französischen Sicherheitskräfte

gelobt, »Sicherheitslagen dieses Typs zu regeln«? In Paris stand ein Flugzeug abflugbereit mit allem, was die Polizei zur Aufstandsbekämpfung braucht. Der französische Recherchejournalist Thierry Meyssan behauptet, General William Word, der Kommandant des Regionalkommandos der US-Streitkräfte für den afrikanischen Kontinent (Africom) habe General Rachid Ammar kontaktiert. Ammar habe »dem Präsidenten angekündigt, daß Washington ihm befiehlt zu fliehen«. Schon die Veröffentlichung der Botschaftsberichte, welche die Korruption des Ben-Ali-Regimes beschreiben, haben in Tunesien großen Eindruck gemacht und sind ein »unbestreitbarer offensiver Vorstoß« der USA gewesen, so ein ungenannter französischer Diplomat in Le Figaro vom 26. Januar.

Als sich der junge Gemüsehändler Mohamed Bouazizi am 17. Dezember in Sidi Bouzid aus Protest gegen die Beschlagnahme seiner Waren selbst verbrennt, wird seine Verzweiflungstat zum Katalysator von massenhaften Protesten. Damit dürfte für Washington der Moment gekommen sein, »den abgewirtschafteten Diktator fallenzulassen und seine Nachfolge zu organisieren, bevor sich der Aufstand in eine authentische Revolution, d. h. in eine Infragestellung des Systems verwandelt«, wie Thierry Meyssan überzeugt ist.

Am Tage der Flucht von Ben Ali lancieren westliche Medien ein Codewort: »Jasmin-Revolution«. Die Geschichte von der Präsidentengattin, die angeblich 1,5 Tonnen Gold mitgehen heißt, erzielt nicht weniger als 4053 Medieneinträge im Internet. Die Story stammt aus dem französischen Präsidialamt und beruht auf vagen Quellenangaben. Sie wird vom Direktor der tunesischen Zentralbank mehrfach dementiert. Aber was interessieren Fakten, wenn es darum geht, einen Rahmen der westlichen Medienwahrnehmung zu zimmern: Der tunesische Aufstand soll sich, soweit möglich, auf die Entmachtung eines mafiaartigen Familienclans beschränken, sich in den Bahnen einer nach westlichen Vorstellungen verlaufenden »bunten Revolution« bewegen. Das System soll mit »demokratischen« Verzierungen erhalten bleiben.

Die erste Übergangsregierung unter Mohammed Ghannouchi, einem engen Vertrauten von Ben Ali, wirkt so, als ob sie nicht aus Koalitionsverhandlungen hervorgegangen ist, sondern in der US-Botschaft zusammengestellt wurde. Die drei Gewerkschaftsvertreter erfahren von der Ressortverteilung erst aus dem Fernsehen. Sie treten ihre Regierungsposten gar nicht erst an. Auch ein Repräsentant der Demokratischen Linken (Mustapha Ben Jaafar) tritt gleich wieder zurück. Lediglich der Vorsitzende der regimekompatiblen Islam-Partei (Ahmed Ibrahim) und der Vertreter einer sozial-liberalen Partei (Ahmed Néjib Chebbi, dem besondere Nähe zu den USA nachgesagt wird) verbleiben in der Regierung, in der neben dem alten Premierminister acht Vertreter des alten Regimes das Übergewicht haben und alle Schlüsselressorts besetzen. Die Filmemacherin Moufida Tlati und der Blogger Slim Amanou, wohl als Vertreter eines Teils der »Zivilgesellschaft« erkoren, lassen durch ihr weiteres Mitmachen in der schwer angefeindeten Regierung ahnen, wo sie politisch stehen.

»INSTANZEN FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN WANDEL BILDEN«

Nach dem Sturz des Diktators gab die Kommunistische Partei der tunesischen Arbeiter unverzüglich eine Orientierung, wie verhindert werden muß, daß das »alte System in einem demokratischen Dekor« weiterlebt. Die PCOT warnte, das tunesische Volk werde um die Ergebnisse seines Kampfes betrogen. Die

Kommunisten fordern in ihrer Erklärung vom 15. Januar eine »provisorische Regierung oder eine andere Instanz mit exekutiver Zuständigkeit für die Organisation von freien Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung, welche die Grundlagen für eine wirklich demokratische Republik legt«. Sie rufen die »demokratischen Kräfte, die vor Ort aktiv sind, auf, gemeinsame nationale Instanzen für einen demokratischen

Wandel zu bilden«. Sie sollten »über die Bewahrung der Errungenschaften des Volkes wachen und die friedliche Übertragung der Macht auf das Volk fordern«. Schließlich erklären sie: »Die gesamten demokratischen Kräfte im ganzen Land müssen sich im Rahmen von Komitees, Kommissionen oder Räten auf der Ebene der Regionen, der Ortschaften und der Sektoren organisieren, um die Volksbewegung zu organisieren und den reaktionären Machenschaften, den Akten der Zerstörung und Plünderung entgegenzutreten, welche verdächtige Gruppen vornehmen, um die Bürgerinnen und Bürger zu terrorisieren, um ihnen vor dem demokratischen Wechsel Angst zu machen, damit sie ihr Schicksal in die Hände des Repressionsapparates legen.«

Die islamistische Bewegung ist von den tunesischen Kommunisten als Partner im politischen Kampf für Demokratie längst akzeptiert. Am 17. Januar traf auch der neue Generalsekretär der islamischen Partei Ennahda (»Wiedergeburt«), Hamadi Jebari, mit Premierminister Mohammed Ghannouchi zusammen. Es ging um ein Amnestiegesetz und die Rückkehr von Dutzenden von Kadern der grausam verfolgten Partei aus dem Ausland, »Wir verlangten, am politischen Leben teilzunehmen. Die Antwort war positiv«, erklärte der Philosoph Ajmi Lourimi. Die Partei hatte ihre Aktivisten zur Teilnahme an den sogenannten Wachsamkeitskomitees aufgefordert, die ihre Viertel gegen die Milizen des alten Regimes verteidigen. Ennahda werde keinen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufstellen, erklärte Houcine Jaziri, ihr Sprecher in Paris. Aber ohne Ennahda gebe es keinen Übergang zur Demokratie.

Letztlich entscheidend für die Einheit der demokratischen Kräfte auf dem Wege zu einer neuen Staatsordnung dürfte die Entwicklung innerhalb des großen Gewerkschaftsverbandes sein. Es waren die regionalen und lokalen Gliederungen der Union Generale des Travailleurs Tunisiens (UGTT), welche den sozialen Protesten im ganzen Land eine organisatorische Struktur gaben. Am 21. Januar forderte die UGTT »die Fortsetzung des Kampfes durch Streiks und friedliche Demonstrationen bis zur Bildung einer den Bedingungen der Gewerkschaftszentrale entsprechenden Regierung«.

Klaus von Raussendorff

REAKTIONEN

Umbildung des Kabinetts

Dem zweiten Kabinett von Premierminister Mohammed Ghannouchi werden außer ihm selbst nur noch zwei ehemalige Minister des gestürzten Präsidenten Ben Ali angehören. Nach anhaltenden Protesten, Demonstrationen und einer Belagerung des Amtssitzes des Ministerpräsidenten verkündete Ghannouchi am Donnerstag abend in einem Fernsehinterview die neuerliche Regierungsumbildung. Einen Wechsel gibt es insbesondere auf den Schlüsselposten Äußeres, Inneres und Verteidigung. Lediglich die Fachminister für internationale Zusammenarbeit und für Industrie und Technologie bleiben in ihren Ämtern. Der Gewerkschaftsverband UGTT

entschied sich gegen eine erneute Regierungsbeteiligung. »Wir wollen als Gewerkschaft eine Art Gegenmacht bleiben, aber wir werden selbstverständlich unsere Meinung zur Zusammensetzung der Regierung sagen«, erklärte ein Vertreter. Nicht zufällig war am Montag der US-Unterstaatssekretär für den Nahen Osten, Jeffrey Feltman, zu Gesprächen in Tunis eingetroffen. Feltman werde erkunden, so verlautete aus dem State Department in Washington, wie die USA bei der Vorbereitung der anstehenden Wahlen »mit der Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen, die in vielen Ländern weltweit gearbeitet haben, behilflich sein könnten«. Was den Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah bewog, sich aus Beirut erneut warnend vernehmen zu lassen: »Das tunesische Volk muß die Einmischung der Vereinigten Staaten zurückweisen.« Es müsse sich »wappnen gegen ein Komplott, das die USA gegen seine Revolution schmieden«. Der 80jährige Ahmed Mestiri hat mit zwei weiteren Veteranen der tunesischen Politik die Initiative zur Schaffung eines »Rates der Weisen« ergriffen. Das Gremium soll die spontan ausgebrochene Revolution schützen. »Es ist an der Zeit, daß die Bewegung eine Struktur bekommt«, erklärte Mestiri. Die Übergangsregierung hat Wahlen in sechs Monaten angekündigt. Nach Meinung von Mestiri, könnte deren Organisation mehr Zeit beanspruchen. Es könne wegen des Chaos' einen Rückschlag geben. Dies würde die Institutionen beeinträchtigen. »Sowohl innerhalb wie außerhalb des Landes gibt es Feinde, die ihre Kräfte zusammenlegen, um die Rückkehr des ungerechten Regimes von Ben Ali zu betreiben.«
(kvr)

Quelle:  29.01.2011 /29.01.2011 / Ansichten / Seite 8

Zugang fürs Kapital

Der Westen und arabische Despoten

Von Rainer Rupp

Wenn führende Vertreter der CDU wie Ruprecht Polenz oder US-amerikanische Neokonservative wie Elliott Abrams den Umsturz in Tunesien bejubeln und die Revolutionäre anfeuern, kann man sich des Gefühls nicht erwehren, daß da etwas nicht stimmt. So warf z. B. Polenz, der Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag ist, in einem Interview mit der Berliner Zeitung am Freitag den Europäern, also auch der Bundesregierung, vor, daß sie im Nahen Osten viel zu lange auf Despoten gesetzt hätten. Nun sei es an der Zeit, die autoritären Regime der Region an ihre Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung zu erinnern, so daß sie Freiheiten und Grundrechte einräumen.

Abrams, ehemaliger, stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater von Obamas Vorgänger George W. Bush und derzeit leitendes Mitglied der einflußreichen Denkfabrik »US-Council on Foreign Relations« freute sich in einem Zeitungsbeitrag schon am 7. Januar dieses Jahres auf den bevorstehenden Sturz von Präsident Ben Ali. Den hofierte zu diesem Zeitpunkt noch die Regierung in Paris und bot sogar militärische Hilfe an. Ein anderer US-Thinkthank, das Washingtoner »Institute for Policy Studies«, hatte sogar bereits am 24. Dezember letzten Jahres über einen

möglichen Regimewechsel in Tunis nachgedacht. Abrams schrieb: »Den Tunesiern, einschließlich Ben Ali würde es guttun, sich daran zu erinnern, wie viele Verbündete von unterschiedlichen US-Administrationen in der Vergangenheit bereits fallengelassen worden sind«. Zugleich meinte er hoffnungsvoll, daß der tunesische Geist der Freiheit auf die benachbarten Länder wie Algerien, Libyen und Ägypten überspringen werde.

Abrams und die beiden US-Institute waren stets Propagandisten der proamerikanischen, sogenannten farbigen Revolutionen. Für eine vom Westen gesteuerte bürgerliche Revolution fehlen in Tunesien und Ägypten bisher jedoch jegliche Anzeichen. Anders als in Belgrad, Kiew oder Tbilissi scheinen dort die hoch organisierten und bestens finanzierten Kampfgruppen nicht für die globale Verbreitung der US-Democracy aufgetreten zu sein. Statt dessen drängen sich jetzt Deutschland, die EU und auch die Obama-Administration in Tunis, um »Hilfe« anzubieten - kaum daß der von ihnen bis zuletzt unterstützte Despot Ben Ali verjagt worden ist.

Es scheint, daß die Bourgeoisie Nordamerikas und EU-Europas von der Entwicklung in Tunesien zwar überrascht wurde, diese inzwischen aber positiv bewertet, insbesondere weil die Eigentumsfrage nicht gestellt wurde. Daher bemüht sich der Westen nun, die weitere Entwicklung in wirtschaftsliberale Bahnen zu lenken. Das garantiert dem Kapital weitaus besseren Zugang zu den Rohstoffen und Märkten des Landes, als das früher unter der korrupten Ben-Ali-Clique möglich war. Die wollte unzulässigerweise alles selbst kontrollieren.